

Beschlußempfehlung und Bericht **des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/463 —

Bericht der Bundesregierung zu den Möglichkeiten der Verringerung
der Belastungen für die Bevölkerung im Raum Soltau-Lüneburg
durch militärische Ausbildungs- und Übungsaktivitäten

A. Problem

Die weitere Verringerung der Belastung der Bevölkerung durch militärische Übungsaktivitäten stellt ein dringendes Anliegen der Bundesregierung dar, das zusammen mit anderen Fragen des Stationierungsrechts im Rahmen der angestrebten Revisionsverhandlungen des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut mit den Vertragspartnern erörtert werden soll.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Bericht der Bundesregierung über den Sachstand der Verhandlungen über die stufenweise Reduzierung der militärischen Ausbildungs- und Übungsaktivitäten im Raum Soltau-Lüneburg zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 29. Oktober 1992

Der Verteidigungsausschuß

Dr. Fritz Wittmann

Vorsitzender

Thomas Kossendey

Berichterstatler

Dieter Heistermann

Bericht der Abgeordneten Thomas Kossendey und Dieter Heistermann

Der Bericht der Bundesregierung — Drucksache 12/463 — wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 1991 zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuß und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß sowie an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 28. Sitzung am 19. Februar 1992 den Bericht der Bundesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 26. Sitzung am 19. Februar 1992 den Bericht der Bundesregierung einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Bericht der Bundesregierung in seiner 43. Sitzung am 29. Oktober

1992 beraten. Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. sowie die Gruppe der PDS/Linke Liste haben dabei zur Kenntnis genommen, daß die Verhandlungen über die militärische Nutzung des Raumes Soltau-Lüneburg im Prinzip abgeschlossen seien. Für 1992 habe man bereits die Aufgabe der militärischen Nutzung für eine größere Fläche südlich von Lüneburg sowie eine Verlängerung der Sommerpause vereinbart. 1993 werde das Gebiet ostwärts der Autobahn A 7 aufgegeben sowie die verlängerte Sommerpause beibehalten. 1994 erfolge die Einstellung der gesamten militärischen Ausbildungs- und Übungstätigkeit im Raum Soltau-Lüneburg.

Dem Bericht der Bundesregierung wurde einstimmig bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

Bonn, den 10. November 1992

Thomas Kossendey

Berichterstatler

Dieter Heistermann